

**Einfache Anfrage Böhi-Wil / Egger-Berneck:  
«Umsetzung der Initiative gegen Masseneinwanderung**

Seit der Annahme der SVP-Initiative gegen Masseneinwanderung durch das Schweizer Stimmvolk am 9. Februar 2014 findet eine von den Verlierern der Abstimmung inszenierte beispiellose Negativ-Kampagne gegen den Volksentscheid statt. Aus parteipolitischen Beweggründen und unterstützt von gewissen Medien wird versucht, mit einer Mischung aus gezielter Schwarzmalerei und Unwahrheiten Druck aufzubauen, um die Bevölkerung zu verunsichern und die Umsetzung der Initiative zu behindern.

Ausserdem beabsichtigen offenbar Kantone in welchen die Initiative keine Mehrheit fand, dass zustimmende Kantone wie beispielsweise St.Gallen bei der zukünftigen Verteilung der Kontingente für ausländische Arbeitskräfte benachteiligt werden sollen.

Am 24. Januar 2014 sprachen sich die Ostschweizer Volkswirtschaftsdirektoren in einer Stellungnahme gegen die Initiative aus. Da diese Position offensichtlich von der St. Galler Regierung geteilt wurde bestehen Zweifel daran, ob sich die Regierung für die korrekte Umsetzung der Initiative einsetzen wird, beispielsweise auf der Ebene der Konferenz der Kantonsregierungen. Demgegenüber steht das klare Abstimmungsergebnis der Stimmberechtigten des Kantons St.Gallen, die der Initiative mit einem Ja-Anteil von rund 56 Prozent zugestimmt haben.

Die Regierung wird gebeten, die folgenden Fragen zu beantworten:

1. Welche Haltung vertritt die Regierung bezüglich der berechtigten Erwartung seitens der Mehrheit der St.Galler Stimmberechtigten auf eine dem Volkswillen entsprechende Umsetzung der Initiative gegen Masseneinwanderung?
2. Ist die Regierung bereit, auf der Ebene der Konferenz der Kantonsregierungen eine Führungsrolle bei der Umsetzung der Initiative zu übernehmen?
3. Was gedenkt die Regierung zu unternehmen, um eine willkürliche Benachteiligung des Kantons St.Gallen bei der Zuteilung von Kontingenten zu verhindern?»

14. Februar 2014

Böhi-Wil / Egger-Berneck